

ZBB 2001, 97

VerbrKrG § 1 Abs. 1, § 4 Abs. 1 Satz 2 a. F.; AGBG § 9 Abs. 1

Unwirksamkeit eines formularmäßigen Vorbehalts für Leasingraten und Teilamortisationswert bei Kaufpreisänderung bis zur Übernahme des Leasingobjekts

OLG Düsseldorf, Urt. v. 18.04.2000 – 24 U 184/99 (rechtskräftig), EWiR 2001, 187 (Graf v. Westphalen)

Leitsätze:

- 1. Ein Leasingvertrag, der sich auf einen überwiegend privat genutzten PKW eines Gaststättenbetreibers bezieht, fällt unter § 1 Abs. 1 VerbrKrG. Dies gilt insbesondere dann, wenn der Leasingvertrag selbst keine Angabe über die beabsichtigte Nutzung des Leasinggegenstandes enthält, sondern nur die Privatanschrift des Leasingnehmers ausweist.**
- 2. Das Erfordernis der Schriftform nach § 4 Abs. 1 Satz 2 VerbrKrG a. F. ist nicht eingehalten, wenn sich der Vertrag aus einer Angebots- und einer Annahmeerklärung zusammensetzt und der Anbietende nur seine Erklärung, der Annehmende ebenfalls seine eigene Erklärung unterzeichnet hat, wie bei Leasingverträgen üblich, bei denen das Angebot vom Leasingnehmer herrührt.**
- 3. Die Preisänderungsklausel „Bei einer Änderung des Kaufpreises bis zur Übernahme des Leasingobjekts durch den Leasingnehmer ändern sich die vom Leasingnehmer zu leistenden Zahlungen und der Teilamortisationswert entsprechend“ ist nach § 9 Abs. 1 AGBG unwirksam.**